Nummer 557

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil R. Boeglowsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 57.

Abendausgabe · Preis 25 Goldpfennig. 69. Jahrgang

Donnerstag, 6. Dezember 1923

ERICH MEYERFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 53/54
GRUNDSTÜCKE

Heute Wahltag in England.

Eine große Entscheidung.

Der schnelle Entschluß, mit dem das Kabinett Baldwin das erst ein Jahr alte englische Parlament aufgelöst und die Neuwahlen ausgeschrieben hat, beweist, daß man in den maßgebenden Kreisen jenseits des Kanals, auf kommende schwere Zeiten gefaßt ist und ihnen in der möglichst festen Rüstung begegnen will. Die bisherige konservative Regierungspartei glaubt diese Rüstung durch Schutzzoll mit wirtschaftlicher Bevorzugung der britischen Reichsgebiete schaffen zu können, glaubt vor allem auch, dadurch die fremde Konkurrenz abwehren und die Geißel der Arbeitslosigkeit wirksam beschwören zu können. Der wieder geeinte Liberalismus sagt nein, und Lloyd George hat dieses „nein" in einer einzigen Woche in 52 Versammlungen Millionen von Hörern in die Ohren gedröhnt. Charakteristisch für diesen Wahlkampf — und vielleicht entscheidend für den ganzen künftigen Parlamentarismus — ist das verstärkte Hervortreten der Labour Party, wodurch das historische Zweiparteiensystem zerstört wird. Diese englische Arbeiterpartei hat eine sehr heftige Agitation getrieben, nicht nur mit der Demagogenparole: Kapitalsabgabe und Nationalisierung der Bergwerke, sondern auch vielfach mit übler Gewalttätigkeit, wie Sprengung gegnerischer Versammlungen.

Der Kampf ist heute sicherlich ebenso heiß, wie das Ergebnis bis zum letzten Augenblick ungewiß bleiben muß. Die Konservativen — natürlich aber auch die anderen Parteien — haben ihre letzten Reserven und Mittel aufgeboten. Denn wie Lord Birkenhead noch vorgestern in Manchester erklärte, „wenn wir bei diesen Wahlen keine angemessene Majorität für unsere Politik erringen, wird unsere Generation es kaum noch erleben, daß irgend ein Minister den Mut hat, die Fahne jener Ideen, denen einst Joe Chamberlain die letzten Tage seines Lebens weihte, erneut zu entrollen.

Das Hauptargument der liberalen Freihändler war bis zuletzt: Schutzzölle werden nicht nur die Arbeitslosigkeit nicht vermindern, sondern die gesamte Lebenshaltung der Nation noch beträchtlich verteuern. Noch am letzten Tage wurden durch große Plakate die 2 300 000 Empfänger von irgendwelchen Kriegspensionen darauf hingewiesen, daß sie durch solche unvermeidliche Preissteigerung drei Pence auf den Schilling ihrer Bezüge einbüßen würden.

Natürlich hat auch das außenpolitische Problem — das europäische Chaos — in den Wahlreden eine Rolle gespielt.

Bemerkenswert war neben anderen „Enthüllungen" der Arbeiterpartei die Feststellung, die einer ihrer Kandidaten — Tom Johnston — in Glasgow machte, daß nämlich bei der schottischen Regierung von dem englischen Kriegsamt ganz kürzlich eine Anzahl neuer „Ueberfall-Tanks" in Auftrag gegeben und Granaten und andere Munition bestellt worden seien. „Das beweist, daß die ernste Gefahr eines neuen europäischen Konfliktes besteht, im Vergleich mit welchem der letzte Krieg eine Kleinigkeit gewesen sein würde".

Heute Wahlen in England! Ein Schicksalstag für England und wahrscheinlich für die ganze Welt.

H.

Die amerikanischen Lebensmittelkredite für Deutschland.

eca Paris, 6. Dezember.

Von unterrichteter und zuständiger Stelle wird erklärt, daß der deutsche Schritt bei der Reparationskommission wegen Aufhebung der Generalhypothek der Reparationskommission für die Höhe der Sicherheiten, die für die deutschen Lebensmittelkredite gefordert werden, tatsächlich in der Form einer deutschen Note an die Reparationskommission erfolgen wird. Doch steht das Datum für die Ueberhändigung dieser Note noch nicht fest.

Washington, 5. Dezember.

(Meldung des Reuterschen Bureaus.)

Es verlautet, daß die deutschen Vorschläge, die Reparationskommission möge ihre Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe seitens Deutschlands zur Bezahlung von Lebensmitteleinkäufen erteilen, der Unterstützung der Vereinigten Staaten sicher sind, die soweit gehen wird, daß dem amerikanischen Beobachter in der Kommission Logan, die Ermächtigung erteilt wird, zu erklären, daß die Regierung der Vereinigten Staaten einwillige, daß einer solchen Anleihe Priorität erteilt werde. Die Zustimmung der Vereinigten Staaten zu den deutschen Vorschlägen ist notwendig, da die Vereinigten Staaten Prioritätsrechte im Zusammenhang mit der Zurückerstattung der militärischen Besatzungskosten haben. Es wird erwartet, daß die Deutschen die Reparationskommission um die Genehmigung zur Auflegung einer Anleihe von etwa 70 Millionen Dollar ersuchen werden, wovon die Hälfte amerikanischen Kapitalisten angeboten werden soll. Die Ansicht Washingtons ist, daß die Lage in Deutschland eine dringende Aktion zur Verhinderung einer großen Hungersnot erfordert.

eca Paris, 6. Dezember.

Die Nachrichten über den unvorsichtigen Schritt Deutschlands bei der Reparationskommission, um die Ermächtigung zum Abschluß von Lebensmittelkrediten mit Amerika zu erhalten, hat in hiesigen politischen Kreisen eine gewisse Beklemmung hervorgerufen. Zwar war man bereits seit einiger Zeit darüber unterrichtet, daß Verhandlungen in dieser Richtung im Gange waren. Seit etwa Ende der verflossenen Woche waren sich die hiesigen gut informierten Kreise nicht mehr darüber im Unklaren, daß prinzipiell ein Arrangement des Kredites in dieser Art möglich sein würde, wenn die Reparationskommission ihre Zustimmung zu geben bereit wäre. Aber man erwartete nicht, daß Deutschland und Amerika so schnell an die Reparationskommission herantreten würden, und der Zeitpunkt wird als besonders schwierig empfunden wegen der Verhandlungen, die augenblicklich über die Teilnahme Amerikas an den Untersuchungsausschüssen der Reparationskommission im Gange sind. Die hiesige öffentliche Meinung ist nicht sehr dafür eingenommen, daß sich die Reparationskommission mit der von den Amerikanern scheinbar verlangten Priorität für die Rückzahlung der in Frage stehenden Lebensmittelkredite beschäftigt, jedoch lassen sich deutlich zwei Strömungen in der französischen Auffassung wahrnehmen: eine, nach der Frankreich sich einfach dem Ersuchen bezüglich der Kredite widersetzt, während die andere Strömung glaubt, schließlich in diesem Punkte Entgegenkommen zeigen zu müssen, wenn es auf diesem Wege gelänge, als Entgelt Konzessionen Amerikas für die Verzinsung und Rückzahlung der französischen Schulden zu erlangen. Man nimmt hier allgemein an, daß England für die deutsch-amerikanischen Wünsche in der Reparationskommission eintreten wird, und in der Presse kommt der Gedanke zum Ausdruck, daß darüber eine Einigung zwischen der Londoner Regierung und dem deutschen Botschafter in London bereits erfolgt ist.

Das Ermächtigungsgesetz in Frage gestellt?

Keine Zweidrittelmehrheit vorhanden?

Der heutige Vormittag wurde im Reichstage mit den Vorberatungen zu der entscheidenden Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz angefüllt. Zunächst empfing der Reichskanzler um 11 Uhr die Führer der Parteien, um in einer Besprechung mit ihnen die Aussichten der Abstimmung zu klären. Schon in dieser Besprechung scheint sich herausgestellt zu haben, daß die Haltung der Deutschnationalen, von deren Verhalten während der Abstimmung das Schicksal des Ermächtigungsgesetzes abhängt, zum mindesten noch nicht geklärt war. Der Aeltestenrat war zu mittag um 12 Uhr einberufen worden, aber nach kurzer Erörterung auf 1½ Uhr vertagt. Im Anschluß daran wurde auch die auf 1 Uhr anberaumte Plenarsitzung des Reichstages auf 2 Uhr verschoben. Während der Sitzung des Aeltestenrats wurde bekannt, daß die Deutschnationalen sich an der Abstimmung nicht beteiligen würden. In diesem Falle würden heute rechnungsmäßig gegen 40 Stimmen an der erforderlichen Präsenz von zwei Dritteln der Reichstagsmitglieder bei der Gesamtabstimmung über das Ermächtigungsgesetz fehlen. Unter diesen Umständen ersuchte der Reichskanzler den Aeltestenrat, die Plenarsitzung zu verschieben, da er keine Gelegenheit versäumen wollte, um kurz vor der Entscheidung noch Verständigungsversuche innerhalb der Parteien zu machen. Es ist damit zu rechnen, daß vor der Abstimmung eine weitere Debatte über das Ermächtigungsgesetz stattfindet.

Vor dem Reichstagsgebäude hatten sich heute mittag mehrere hundert Eisenbahner, Mitglieder verschiedener Eisenbahnergewerkschaften, eingefunden, um gegen die Beamtenabbauverordnung zu demonstrieren, da auf der heutigen Tagesordnung der Reichstagssitzung auch der Antrag der Deutschnationalen wegen Revision dieser Verordnung steht. Die Beamten gaben dem lebhaften Wunsch Ausdruck, der Reichstagssitzung beiwohnen zu können. Angesichts des beschränkten Raumes der Tribünen konnten ihnen jedoch nur wenige Einlaßkarten zugestellt werden.

Die Entscheidung über das Ermächtigungsgesetz wird eingeleitet durch die an sechster Stelle auf der Tagesordnung stehende Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Abgeordneten Koenen (Kommunist) und Genossen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

> Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung hat nicht das Vertrauen des Reichstages, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.

•

Um 2 Uhr verbreitete sich das Gerücht im Reichstage, daß die Abstimmung vielleicht nicht stattfinden könne, weil bei einzelnen Fraktionen nicht genug Mitglieder anwesend seien. Dies traf besonders auf die sozialdemokratische Fraktion zu, die vor der Plenarsitzung zusammentrat, um zu der Lage Stellung zu nehmen. Die Fraktion beschloß, an ihrer Haltung gegenüber dem Ermächtigungsgesetz nichts zu ändern, ihm also zuzustimmen.

Bisher war vorgesehen, daß nach der eventuellen Vertagung des Reichstages der Reichstag frühestens am 1. Februar wieder zusammentreten soll. Diese Befristung ist von der Regierung jetzt fallen gelassen worden. Der Reichstag kann also noch vorher bei außergewöhnlichen Anlässen einberufen werden.

Gleichzeitig mit den Sozialdemokraten traten die Deutschnationalen kurz vor der Plenarsitzung zusammen. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, weil man erst die weitere Entwicklung, d. h. die Haltung der Sozialdemokraten abwarten wollte. Bei Beginn der Sitzung schien es, als ob die entscheidende Abstimmung doch noch heute stattfinden würde.

(Sitzungsbericht siehe 2. Seite.)

Eingehen des „Vorwärts"?

Es ist seit langem kein Geheimnis mehr, daß sowohl die sozialistischen Gewerkschaften und Konsumvereine wie die Partei dem völligen finanziellen Zusammenbruch nahe sind, während die Kommunisten anscheinend nach wie vor ihre Betriebsmittel aus Moskau erhalten. Jetzt wird in Kreisen, die wir für eingeweiht halten, erzählt, der Zerfall der Sozialdemokratie und das Abschwenken der Arbeiterschaft von ihr sei derartig vorgeschritten, daß sogar das offizielle Parteiorgan, der „Vorwärts", nicht mehr gehalten werden kann, sondern vielleicht am 1. Januar eingehen müsse. Bei einer Auflage von etwas mehr als 30 000 würden zwar noch ungefähr 20 000 Abonnenten gezählt, aber auch von diesen käme nur noch ein Teil als wirkliche Zahler in Betracht.

Sollten sich diese Gerüchte bestätigen, so wären sie eine neue Bestätigung für die allgemein gehegte Vermutung, daß die Sozialdemokraten nur aus der klaren Erkenntnis ihrer Schwäche und wegen des Schwindens ihrer Anhängerschaft all die Zickzacksprünge gemacht haben, die mit dem Verrat an dem Kabinett Stresemann anfingen und mit dem Schlucken des neuen Ermächtigungsgesetzes jetzt die Oeffentlichkeit überrascht haben.

Es kann als sicher gelten, daß die Sozialdemokratie die Auflösung des Reichstags und die Neuwahlen nur deswegen vermeidet, weil sie garnicht mehr finanziell imstande ist, einen großen Wahlkampf zu führen.

Der „Vorwärts" veröffentlicht denn auch heute wieder folgenden Aufruf:

> Das Parteinotopfer für Berlin wird zum Kampf gegen die politischen Meuchelmörder von rechts, wie zur Abwehr der gesamten Reaktion überhaupt, dringend gebraucht. Die Kassen der Verschwörer werden aus großkapitalistischen und agrarischen Quellen reichlich gespeist. Unsere Kassen müssen daher auch gestärkt werden. Geldsendungen für den Kampffonds überweise man usw.

Aus diesem Aufruf spricht dieselbe Unehrlichkeit, welche die Sozialdemokratie während der ganzen letzten Monate seit dem Verrat an dem ersten Kabinett Stresemann nicht nur gegenüber der gesamten deutschen Oeffentlichkeit, sondern auch gegenüber den eigenen Parteiangehörigen bekundet hat. Sie hetzt weiter mit den Schlagwörtern von politischen Meuchelmördern von rechts und von Verschwörern, obwohl sie weiß, daß die irrsinnige Außen- und Wirtschaftspolitik des Sozialismus und die hauptsächlich von ihm erzwungene Inflation mit allen ihren entsetzlichen Begleiterscheinungen nicht nur das gegenwärtige Elend, sondern auch die Flucht aus der sozialdemokratischen Partei herbeigeführt haben. Bei der Stimmung in den breiten Massen wird der Aufruf zum Parteinotopfer sicherlich keinen genügenden Erfolg haben.

Die neue Schlichtung.

Von

August Winnig

In diesen Tagen wird die neue Schlichtungsorganisation geschaffen. Ihr Zustandekommen verdankt sie der Ausschaltung des Reichstags. Dieser hatte sich seit vier Jahren mit verschiedenen Entwürfen zu einer Schlichtungsordnung beschäftigt, ohne einen Abschluß zu finden. Als er dem Kabinett Stresemann das Ermächtigungsgesetz gegeben hatte, erinnerte sich jemand dieser Sache, brachte das Kabinett auf die Fährte, und am 30. Oktober erschien die Schlichtungsordnung auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege. So haben wir nun dem vernünftigen Beschlusse des Reichstages, sich eine Zeit jeder gesetzgeberischen Tätigkeit zu enthalten, diese neue Grundlage des Schlichtungswesens zu danken.

Es wird durch diese neue Verordnung manches anders. Das eigentliche Organ der neuen Schlichtung ist wieder der Schlichtungsausschuß. Aber es ist nicht mehr der alte Ausschuß, sondern ein wesentlich anderes Gebilde. Der alte Ausschuß hatte einen räumlich kleinen, sachlich sehr ausgedehnten Zuständigkeitskreis. Der neue Ausschuß wird im allgemeinen Gebiete vom Umfange eines Regierungsbezirks umfassen, also viel mehr als der alte. Dafür werden ihm die Einzelstreitigkeiten entzogen, jene Beschwerden wegen ungerechtfertigter Entlassung u. a. Diese werden dorthin verwiesen, wohin sie gehören — an die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Der Ausschuß soll sich nur mit den Gesamtstreitigkeiten befassen, also mit den wirklichen Lohnbewegungen und mit solchen Streitfragen des Tarifvertrages, denen eine wesentliche praktische Bedeutung beizumessen ist. In diesen Fällen soll der unparteiische Vorsitzende zunächst allein eingreifen. Erst der weitere Zug bringt die Streitsache an den Ausschuß. Doch ist dieser Ausschuß kleiner als der alte, er besteht nur aus dem Vorsitzenden und je einem Beisitzer aus dem Stande der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Was vor diesem Ausschuß nicht zurechtkommt, fällt dem Schlichter zu. Dieser Schlichter ist eine neue Einrichtung. Er wird vom Reichsarbeitsminister für größere einheitliche Gebiete (etwa eine Provinz) ernannt. Bei diesem Schlichter liegt künftig die schwierige Verbindlicherklärung. Unterhalb des Ausschusses ist für solche Bezirke, wo ein Gewerbegericht nicht besteht, ein Hilfsorgan nötig, das sich jener Einzelstreitigkeiten annimmt, von denen der Ausschuß entlastet werden soll. Das ist der neue Rahmen des Schlichtungswesens. Er ist so einfach wie möglich. Man hat hiermit nicht nur eine Sparmaßnahme getroffen, sondern hat zugleich der Zweckmäßigkeit besser genügt. Auszufüllen ist er nun von der verständnisvoll wirkenden Arbeit der Menschen, die ihn handhaben sollen.

Die neue Schlichtung kommt zu einer Zeit, die für die Lohngestaltung von besonderer Bedeutung ist. Eine neue Währung schafft neue Voraussetzungen für alle wirtschaftlichen Beziehungen. Sie erfaßt nun auch die Lohnbildung. Noch einmal eröffnet sich die Möglichkeit großzügiger Vereinbarungen. Noch einmal ist Gelegenheit gegeben, die Grundlagen einer neuen Lohnpolitik zu schaffen. Diese Aufgabe ist nicht leicht. Aber sie ist nicht von vornherein aussichtslos.

Die neue Währung und die durch sie ermöglichte Festigung der Wertverhältnisse darf uns nicht täuschen. Geld und Währung sind nur Hilfsinstrumente einer Wirtschaft. Sie sind nicht die Wirtschaft selber. Ihre jetzige scheinbare Gesundung bedeutet noch nicht Gesundung der Wirtschaft. Unsere Wirtschaft ist krank, so krank, wie sie nur jemals war. Mit der neuen Währung ist nur eine der Voraussetzungen geschaffen, unter denen sie allmählich gesunden kann. Das erste und entscheidende Heilmittel ist Warenerzeugung. Dies Heilmittel zu schaffen, die Warenerzeugung zu sichern und zu steigern, das ist die heutige Aufgabe der Lohnpolitik und ihres Organs: der Schlichtung.

Die Schlichtung sieht sich bei ihrer Arbeit von zwei Rücksichten eingeklemmt. Da sind die Sachwerte des Produktionsapparates. Sie müssen gehütet und gemehrt werden. Da ist die Substanz der lebendigen Arbeit, der arbeitende Mensch mit seiner bedürftigen Leiblichkeit und seinem Nachwuchs. Sie muß erhalten und belebt werden. Nie besteht hier die Aufgabe der Schlichtung in der Wahl, sondern immer im Erkennen und Erfühlen der organischen Möglichkeit, deren es immer nur eine gibt. Wo sie diese Möglichkeit findet, wird sie eine schöpferische Schlichtung sein. Wo sie sie verfehlt, wird sie Bureaukratismus, der vielleicht nie eine Laterne einwirft, aber gewiß auch nie eine angündet.

Diese Aufgabe bleibt der Schlichtung gesetzt, auch wenn sie sieht, wie außerhalb ihres kleinen, aber bedeutungsvollen Kreises die Auflösung weitergeht. So weit die Welt